

Entschließungsantrag

**der Abgeordneten Dr. Barbara Höll, Dr. Axel Troost, Dr. Gesine Löttsch,
Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert und der
Fraktion DIE LINKE.**

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksachen 17/1544, 17/1561, 17/1562 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für
die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der
Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz – WFStG)**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Antwort auf die griechische Finanzkrise muss Helfen und Regulieren sein. Die privaten Profiteure und Verursacher der griechischen Finanzkrise müssen in die Pflicht genommen werden. Finanzielle Hilfe für die Hellenische Republik sowie die Rücknahme der Auflagen von Euro-Zone und Internationalem Währungsfonds sind notwendig, um eine lang anhaltende Depression der griechischen Volkswirtschaft zu verhindern. Zugleich müssen Regulierungsmaßnahmen gegenüber den Finanzmärkten ergriffen werden, um die Krisenursachen zu bekämpfen und weitere Krisen in der Euro-Zone zu verhindern.

Seit dem G20-Gipfel in Washington 2008 verspricht die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, dass die Politik nicht länger durch die Finanzmarktakteure erpressbar sein darf. Die Finanzkrise in Griechenland hat verdeutlicht, dass die Bundesregierung dieses Versprechen nicht eingelöst hat. Drei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise wurde bis heute keine einzige wirksame Maßnahme gegen das Diktat der Spekulationswirtschaft beschlossen. Lediglich das Vermögen und die Gewinne der Banken wurden wiederholt gerettet. Auch die nunmehr von der Bundesregierung beschlossene Finanzhilfe für Griechenland ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein erneutes Bankenrettungspaket. Die Koalitionsparteien versuchen, ihr Versagen und ihre Bedienung der Interessen der Banken mittels billigem Chauvinismus gegenüber Griechenland und der griechischen Bevölkerung zu kaschieren.

Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen Griechenland schnelle Hilfe versagt. Die Spekulanten haben die Deckung der Bundeskanzlerin genutzt, um auf Griechenlands Staatsbankrott zu wetten. Dies hat die Zinsen für Staatsanleihen und die Staatsver-

schuldung Griechenlands weiter erhöht. Die Bundeskanzlerin verantwortet die erhöhten Risiken für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die Gefahr eines Flächenbrands in der Euro-Zone.

Wer die Demokratie gegen die Finanzmärkte verteidigen will, muss Spekulation wirksam eindämmen. Credit Default Swaps (CDS) und Leerverkäufe sind sofort zu verbieten sowie endlich die Finanztransaktionsteuer und eine Banken- und Versicherungsabgabe auf deutscher und internationaler Ebene einzuführen. Es sind Maßnahmen einzuleiten, die den für die Krise ursächlichen Standortwettbewerb um die niedrigsten Löhne, Steuern und sozialen Standards innerhalb der EU beenden.

Die Bedingungen für die Finanzhilfe der Euro-Zone und des Internationalen Währungsfonds, insbesondere auch die völlig überhöhten Zinssätze, sind nicht geeignet, die Wirtschaftskrise in Griechenland zu überwinden und somit die Schulden einzudämmen. Sie sind unsozial, weil sie die Kosten der Krise auf die unteren und mittleren Schichten der griechischen Bevölkerung abwälzen, deren Lebensstandard bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 700 bis 900 Euro ohnehin bereits sehr niedrig ist. Es wird eine weitere Runde von Sozialabbau und Lohndumping im ganzen EU-Raum eingeläutet und die wirtschaftliche Erholung abgewürgt. Daher kommt dem Widerstand der griechischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle zu, um weiteres Lohn- und Sozialdumping zu verhindern.

Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht gegenüber Griechenland ist zu einem erheblichen Teil auch durch die deutschen Rüstungsexporte nach Griechenland verursacht. Allein die Reduzierung der Ausgaben für deutsche Rüstungsgüter würde den griechischen Staatshaushalt um einen Betrag entsprechend 1,5 Prozent des Nationaleinkommens entlasten.

Die Politik der Bundesregierung leistet weder einen dauerhaft wirksamen Beitrag, um der Hellenischen Republik aus ihrer Finanzierungskrise herauszuhelfen, noch um weitere Krisen für die Euro-Zone abzuwenden. Zudem werden private Akteure, die maßgeblich zur griechischen Finanzkrise beigetragen und von dieser profitiert haben, nicht an der Finanzierung beteiligt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Credit Default Swaps (CDS) und Leerverkäufe in Deutschland sofort zu verbieten sowie sich auf internationaler und EU-Ebene für deren Verbot einzusetzen;
2. auf nationaler Ebene umgehend die Finanztransaktionsteuer einzuführen sowie sich auf internationaler und EU-Ebene für deren Einführung einzusetzen;
3. eine Banken- und Versicherungsabgabe nach US-Vorbild unter Ausnahme der Sparkassen und Genossenschaftsbanken einzuführen, die zu Mehreinnahmen von mindestens 9 Mrd. Euro jährlich für die öffentlichen Haushalte führt;
4. auf nationaler und EU-Ebene ein Moratorium für griechische Staatsschuldentitel herbeizuführen, bei dem die Eigentümer für mindestens drei Jahre den Schuldendienst aufschieben sowie zu prüfen, ob eine Umschuldung der griechischen Staatsschulden und die Verpflichtung der privaten Großbanken zum Halten von griechischen Staatsschuldentiteln als Zwangsanleihe zur dauerhaften Entlastung der öffentlichen Finanzen Griechenlands beitragen können;
5. eine Sonderabgabe auf hohe Boni in der Finanzbranche zu erheben;

6. die von IWF und EU Griechenland aufgezwungenen Bedingungen abzulehnen und stattdessen auf die griechische Regierung einzuwirken, die Konsolidierung des Haushaltes vor allem durch folgende zwei Maßnahmen sicherzustellen:
 - a) die Rüstungs- und Militärausgaben sind rasch und deutlich zurückzuführen sowie ein Importverbot von Rüstungsgütern einzuführen. Parallel dazu ist von der Bundesregierung ein vollständiges Exportverbot von Rüstungsgütern in Angriff zu nehmen;
 - b) Reiche und Vermögende sind deutlich stärker als bislang zu besteuern, der Steuervollzug ist sicherzustellen und die Korruption ist wirksam zu bekämpfen;
7. eine grundlegende Richtungsänderung ihrer auf Außenhandelsüberschüsse und das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften abzielenden Wirtschaftspolitik einzuleiten, insbesondere das deutsche Lohndumping zu beenden und grundlegende Strukturreformen in der EU und der Euro-Zone voranzutreiben, die die EU-Länder zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und einer koordinierten Wirtschafts-, Lohn- und Steuerpolitik verpflichten. In diesem Zusammenhang muss sich die Bundesregierung für entsprechende Änderungen in den europäischen Verträgen einsetzen.

Berlin, den 6. Mai 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

